
Dieter Schulte

Trendwende auf dem Arbeitsmarkt: überfällig und machbar

Allmonatlich wiederholt sich ein bedrückendes Ritual. Aus Nürnberg vermeldet die Bundesanstalt für Arbeit einen neuen Nachkriegsrekord bei der Zahl der registrierten Arbeitslosen. Fast 3,7°Millionen Arbeitslose im März°1995, deutlich über vier Millionen im März°1996 und nahezu 4,7°Millionen im Februar°1997. Und stets die gleiche Feststellung -°noch nie gab es so viele Arbeitslose! Doch weder in dieser Feststellung noch in der amtlichen Arbeitslosenstatistik wird das ganze Ausmaß der Beschäftigungskrise deutlich. Tatsächlich muß davon ausgegangen werden, daß weit mehr als sieben Millionen Menschen auf der Suche nach einem Arbeitsplatz sind. Ihr Streben nach sicherer Existenz und ausreichendem Einkommen, ihr Bemühen nach sozialer Anerkennung und Selbstverwirklichung in der Erwerbsarbeit bleibt allzuoft, für mehr und mehr Menschen aller Alters°- und Berufsgruppen gar dauerhaft, erfolglos. Darunter leiden Selbstwertgefühl und Menschenwürde der Betroffenen. Als Arbeitslose werden sie aus wichtigen alltäglichen Erfahrungs- und Handlungszusammenhängen ausgegrenzt.

Auftrag zum Handeln: Soziale Kosten und Folgen der Arbeitslosigkeit

Doch die Folgen der Massenarbeitslosigkeit reichen weiter, sie treffen auch die Gesellschaft. Sie beeinflussen den privaten und beruflichen Alltag der Menschen, sie wirken auf Handlungsmöglichkeiten von Politik, Wirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen. Zu den Folgen der Arbeitslosigkeit zählen nicht nur ihre finanziellen und politischen Kosten in Form von Einnahmeverlusten und öffentlichen Ausgaben. Sie werden allein für das Jahr 1996 auf rund 160°Milliarden DM veranschlagt. Die Bilanz der Folgen umfaßt ferner vertiefte gesellschaftliche Spaltung, die Auflösung sozialer Stabilität und die Beeinträchtigung der Zukunftschancen von Wirtschaft und Gesellschaft. Damit übertreffen Folgen und Dramatik der Beschäftigungskrise schlimmste Befürchtungen.

Sozialer und politischer Besorgnis über die Massenarbeitslosigkeit und ihre Folgen wurde von engagierten Marktwirtschaftlern entgegengehalten. Bonn sei nicht Weimar. Noch ist ein solcher Vergleich aus vielerlei Gründen unangebracht. Gleichwohl hat die Politik, heute wissen wir es, den sozialen und politischen Sprengstoff der Arbeitslosigkeit unterschätzt. Mehr noch: Bundeskanzler Kohl und seine Regierung haben an den Problemen und den Erwartungen der Menschen vorbeiregiert. Die verweigerte Mitwirkung an einem Bündnis für Arbeit, die Maßnahmen des Sparpaketes und der -°so eben erfolgreich abgewehrte°- Versuch, in Zeiten der Rekordarbeitslosigkeit zusätzlich Zehntausende Bergleute auf das soziale Abstellgleis zu schieben, belegen dies. Doch mit dem Realitätsverlust der Politik ist es vorerst vorbei -°die großen Demonstrationen des DGB und seiner Gewerkschaften gegen das Sparpaket, massive betriebliche Proteste gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung, ihre erfolgreiche tarifliche Absicherung, die Proteste der Bergleute in Bonn und in Köln, im Saarland und im Ruhrgebiet, die Aktionen der Bauarbeiter in Berlin haben die Politik eindrucksvoll mit der sozialen Wirklichkeit konfrontiert. Diese Aktionen waren eindeutige Signale gegen Massenarbeitslosigkeit und soziale Spaltung, sie sind ein klares Plädoyer für die Abkehr von marktradikaler Standortpolitik. Sie sind eine Aufforderung für einen neuen Aufbruch zu einer verantwortungsbewußten Beschäftigungs°- und Modernisierungspolitik. Dieses Signal greift der Beschäftigungsgipfel des DGB auf. Mit ihm setzt der DGB seine Offensive zugunsten neuer und kurz -°sowie mittelfristig wirksamer Wege aus der Arbeitslosigkeit fort.

Massenarbeitslosigkeit°-°kein Signal für ein „Ende der Arbeit“

Die dramatische Zunahme der Arbeitslosigkeit ist weder ein Signal für das Ende der Arbeitsgesellschaft, noch belegt sie die These von der Ohnmacht der Beschäftigungs°- und Arbeitsmarktpolitik. Entgegen den Prognosen kritischer Sozialwissenschaftler und marktradikaler Ökonomen finden sich keine überzeugenden Hinweise für die Annahme, der globalisierte Kapitalismus bewirke im Verbund mit moderner Technik ein Ende der Arbeit. Gewiß, neue Formen der Produktions°- und Arbeitsorganisation führen zu steigender Produktivität und sinkenden Personalausgaben. Täglich verschwinden Arbeitsplätze in einem Bermuda-Dreieck zwischen Rationalisierung, Strukturkrise und beschäftigungspolitischer Untätigkeit. Zahlen über Arbeitsplatzverluste sind beängstigend. Exportstarke Industriezweige sind davon nicht ausgenommen. Seit 1993 gingen im Maschinenbau 190.000 Arbeitsplätze verloren, in der Automobilindustrie waren es kaum weniger. Und in der Chemieindustrie gingen 60.000 Jobs verloren.

An den Börsen geht die Krise des Beschäftigungssystems mit Jubelstimmung einher. Mit immer neuen Kursrekorden belohnen Spekulanten aller Länder drastische Personaleinschnitte der Unternehmen. Zweifellos sind diese Entwicklungen Ausdruck tiefgreifender sozialer, wirtschaftlicher und technisch-organisatorischer Umbrüche. Dennoch sind sie kein Hinweis

darauf, daß uns die Arbeit ausgeht. Dagegen spricht, daß bei der Beschäftigung in Deutschland bisher noch immer eine Zunahme zu verzeichnen war.

Neu ist allerdings, daß steigende Beschäftigung einen Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht verhindern konnte. Ursache dafür ist die sich öffnende Schere zwischen Produktion und Beschäftigung. Auf neue Organisations- und Produktionsstrategien der Unternehmen allein können deshalb keine Wege aus der Beschäftigungskrise gründen. Im Gegenteil: Weitere Triumphe arbeitssparender Technik und Produktivitätsgewinne bergen im Verbund mit fortdauernder beschäftigungspolitischer Untätigkeit die Gefahr, die Krise des Beschäftigungssystems zu verschärfen. Nämlich dann, wenn Anstöße zur Erschließung neuer Beschäftigungsfelder ausbleiben und auf die Verringerung des Arbeitsvolumens nicht reagiert wird. Notwendig bleiben deshalb Verkürzung und Neugestaltung der Arbeitszeit zugunsten einer gerechten Verteilung der Arbeit. Arbeit hat Zukunft, wenn sie mit neuen Beschäftigungsverhältnissen, unterschiedlichen Beschäftigungsformen, erleichterten Übergängen zwischen Erwerbsarbeit und erwerbsarbeitsfreien Zeiten sowie erweiterter Arbeitszeitsouveränität einhergeht.

Von dieser Einsicht sind Marktfundamentalisten in Politik und Wirtschaft noch weit entfernt. Sie verkennen, daß marktwirtschaftlich organisierte und demokratische Gesellschaften nur auf der Grundlage der Verknüpfung von materieller Sicherheit und sozialen Rechten dauerhaft funktionsfähig sind. Ihre Absage an den Ausgleich sozialer Interessen auf der Grundlage tragfähiger Kompromisse, ihre Absage an den sozialen Frieden und kalkulierbare Konkurrenzverhältnisse zwischen Unternehmen auf der Grundlage von Tarifverträgen stellt die Weichen für die Verschärfung der Konflikte um sozialstaatliche Verantwortung und die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft.

Marktradikaler Fundamentalismus verschärft die Beschäftigungskrise

Das von der Bundesregierung im vergangenen Jahr geschnürte Sparpaket hat die vollmundigen Beschäftigungsversprechungen seiner Architekten nicht eingelöst. Statt dessen hat es die Nachfrage gedämpft und die Arbeitslosigkeit verfestigt. Gegründet auf haltlosem Konjunktur- und Wachstumsoptimismus hat es neue Löcher in die öffentlichen Kassen gerissen und eine Wende auf dem Arbeitsmarkt verhindert. Für das Sparpaket gilt: Was ökonomisch falsch ist, kann politisch nicht richtig sein. Weil sich seine Maßnahmen als nicht tragfähig erwiesen, mußten sie immer wieder durch neue Sparmaßnahmen ergänzt und korrigiert werden. Die Politik der Bundesregierung ist es, die einen großen Teil jener Probleme schafft, die sie zu bekämpfen vorgibt. Und dennoch halten Koalitionsfraktionen und Kabinett an beschäftigungs-politisch verhängnisvollen Maßnahmen fest. Mit sozialer Abrüstung und neuen Programmen zugunsten sozialer Kälte soll die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland gestärkt und die Arbeitslosigkeit verringert werden. Doch in Wirklichkeit werden dadurch die Opfer des Arbeitsmarktes zu Tätern gemacht. Diejenigen, die bereits Verzicht geleistet und Ein-

sparungen erbracht haben, sozial Schwache. Arbeitslose, Kranke, sollen weitere Entbehrungen erbringen.

Begründet werden die Spar- und Umverteilungsmaßnahmen mit dem Verweis auf eine kostenbedingte Standortkrise. Doch die aus einer unsäglichen Standortdebatte abgeleiteten Wachstums- und beschäftigungspolitischen Therapien gehen am Handlungsbedarf vorbei. So zeigt eine im Auftrage des Bundesministeriums für Wirtschaft durchgeführte Analyse der Klagen über angeblich investitionswidrige und beschäftigungsfeindliche Standortbedingungen, daß die Behauptungen von einem Hochlohn- und Hochsteuerland Deutschland unangemessen sind. Daten eines internationalen Vergleiches belegen, daß die realen Lohnstückkosten in Westdeutschland weder übermäßig hoch sind, noch daß sie seit 1980 überdurchschnittlich stark gestiegen sind. Klagen über zu hohe Arbeitskosten, so das Ifo-Institut, sind danach „zu einem großen Teil interessenpolitisch motiviert“. Nicht anders verhält es sich mit der These vom Hochsteuerstandort Deutschland. Dieser weist in der Tat hohe Grenzsteuersätze auf, doch stehen ihnen international äußerst günstige Abschreibungsregelungen sowie vorteilhafte Bedingungen einer Fremdfinanzierung gegenüber. Vor diesem Hintergrund läßt sich festhalten: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Westdeutschland haben nicht über ihre Verhältnisse gelebt, doch Politik und Wirtschaft bleiben hinter ihren Möglichkeiten zurück -°sie verschwenden in hohem Maße Ressourcen für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit, sie schränken Zukunftschancen für Wirtschaft und Gesellschaft ein.

Um einen Standort, an dem Unternehmen eigenen Angaben zufolge zweistellige Umsatzrenditen vor Steuern erzielen, kann es -°im Gegensatz zu lauten Klagen°- keineswegs schlecht bestellt sein. An einem solchen Standort stellt sich jedoch die Frage, ob die Fortdauer der Umverteilung von Arbeits- zu Kapitaleinkommen dazu angetan ist, Investitionen und Innovationen anzuregen und Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Die bisher gemachten Erfahrungen sprechen gegen den Versuch, allein durch weitere Steuerbegünstigungen von Unternehmen Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Es lohnt sich ein kurzer Blick zurück auf die Entwicklung des Steueraufkommens. Dessen Struktur unterlag in den letzten Jahren großen Veränderungen. So haben die Unternehmen trotz steigender Gewinne weniger, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jedoch bei eher stagnierenden Arbeitseinkommen mehr Steuern gezahlt. Im Jahr 1979 waren die Aufkommen aus der Lohnsteuer sowie aus Unternehmersteuern noch annähernd gleich, sie beliefen sich auf jeweils 7°Prozent des Bruttosozialproduktes. Doch bis 1995 hat sich dieses Verhältnis drastisch verändert; der Anteil der von den Arbeitnehmern zu entrichtenden Steuern war auf 8,8°Prozent gestiegen, der Anteil der Unternehmen hatte sich dagegen im gleichen Zeitraum halbiert -°ihr Anteil belief sich gerade noch auf 3,4°Prozent. Beschäftigungspolitisch von Bedeutung ist die Feststellung, daß weder die Gewinnsteigerung der Unternehmen noch ihre steuerliche Entlastung ausreichend in neue und zusätzliche

Arbeitsplätze umgesetzt wurden. Wo auch immer die Ursachen dafür gesucht werden, der Verweis auf hohe Löhne oder überzogene Steuern ist fehl am Platz.

Besser als sein Ruf - der Standort Deutschland

Die Massenarbeitslosigkeit ist keine Folge verlorengegangener Wettbewerbsfähigkeit oder unzureichender Rahmenbedingungen für Investitionen. Die Kapitalrendite hat seit langem unerreichte Höhen erklommen, die Lohnquote ist so niedrig wie selten zuvor. In dieser Situation ist es nur allzu verständlich, wenn Vertreter der Regierung gelegentlich ihre letzten Anhänger in der Wirtschaft heftig attackieren. Doch in ihrer Rat- und Hilflosigkeit verkennen die Regierungsvertreter grundlegende wirtschaftliche Zusammenhänge. Sie übersehen, daß verbesserte Investitions- und Renditechancen fehlende Nachfrage nicht ersetzen können. Wenn die Unternehmen gegenwärtig bei Investitionen Zurückhaltung üben und keine Arbeitsplätze schaffen, dann deshalb, weil ihnen auf dem Binnenmarkt Absatzchancen für zusätzliche Güter fehlen und weil es an Nachfrage mangelt. Vor diesem Hintergrund besteht kein Anlaß zu großen Hoffnungen auf Investitions- und Beschäftigungsimpulse durch die von der Bundesregierung geplante Steuerreform. Neue Jobs sind von ihr kaum zu erwarten. Grund für diese Einschätzung liefert die von der Bundesregierung anvisierte Gegenfinanzierung abgesenkter Steuersätze. So wird den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die freudige Aussicht auf niedrigere Tarife dadurch vergällt, daß ihnen die Kosten der Steuerreform aufgebürdet werden sollen. Durch Kürzung von Freibeträgen und Veränderungen beim Kilometergeld, durch Besteuerung von Schicht- und Nachtarbeitszuschlägen wie von Lohnersatzleistungen werden sie zur Finanzierung der Steuerreform herangezogen. Das Steuerreformkonzept der Bundesregierung ist weit davon entfernt, dem Kriterium sozialer Gerechtigkeit zu genügen. Es schont private Einkommen aus Kapitalvermögen und Immobilienbesitz, es unterläßt eine Entlastung der Arbeitseinkommen. Und es bricht mit einem entscheidenden Kriterium der Steuergerechtigkeit, nämlich der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Neue Investitionsanreize werden dadurch nicht geschaffen, dringend notwendige zusätzliche Nachfrageimpulse bleiben aus. Zu einer Entschärfung der Beschäftigungskrise kommt es dadurch ebenso wenig wie zur Steigerung des Wohlstandes.

Die Förderung des Wohlstandes, dies wurde anlässlich der Feiern zum 100. Geburtstag von Ludwig Erhard wiederholt bekräftigt, gilt als zentrale Leistung der sozialen Marktwirtschaft. Doch wie ist es um diesen Wohlstand gegenwärtig bestellt? Wie sozial ist eine Marktwirtschaft, die das Arbeitsvermögen und den Arbeitswillen von Millionen Menschen ignoriert und ihnen ein Recht auf Arbeit verweigert? Wie sozial ist eine Marktwirtschaft, die sich ihre Ignoranz jährlich Milliardensummen kosten läßt? Antworten auf diese Fragen haben die selbsternannten Hüter der Marktwirtschaft nicht gegeben. Sie müssen deshalb daran erinnert werden, daß ihr Vorbild nicht auf markt-

wirtschaftliche Selbststeuerung, sondern auf eine aktive soziale Steuerung der Marktwirtschaft gesetzt hat. Jene Kräfte in Wirtschaft und Politik, denen das Soziale in der Marktwirtschaft als lästiges Adjektiv gilt und die in diesen Tagen den Begründer der sozialen Marktwirtschaft für ihre Attacken gegen den Sozialstaat und gegen Solidarität vereinnahmen wollen, müssen sich von ihrem Vorbild daran erinnern lassen, „daß auch eine noch so gute Wirtschaftspolitik in der modernen Industriegesellschaft durch sozialpolitische Maßnahmen ergänzt werden muß“. Erst recht gilt dieser Sachverhalt für eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die weit davon entfernt ist, wirksame Beiträge zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten!

Traumhafte Wirtschaftsindikatoren und kaputte Gesellschaften

Die nostalgische Rückschau auf Ludwig Erhard und der Versuch, ihn gegen die Institutionen des Sozialstaates in Stellung zu bringen, soll das Grundanliegen marktradikaler Fundamentalisten kaschieren. Sie wollen die Marktkräfte von angeblich hemmenden Fesseln sozialer Verantwortung befreien und individuelle Wahlmöglichkeiten sowie Egoismus fördern. Deshalb streiten sie mit großer Kraft für Subsidiarität. Doch hinter dem wohlmeinenden Begriff verbergen sie ihre Gleichgültigkeit gegenüber den sozialen Sorgen und Nöten der Arbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger, der Kranken und der von Rationalisierung Bedrohten. Ihr fester Glaube an eine unbegrenzte Fähigkeit der Marktkräfte zur Selbstregulierung versperrt den Blick auf die Wirklichkeit, er läßt weder Raum für die Überprüfung der Konzepte noch läßt er Selbstzweifel aufkommen.

Ihr Engagement gilt statt dessen der Suche nach Belegen für den Segen der von ihnen verfochtenen Konzepte. Beim Aufspüren vermeintlich erfolgreicher Vorbilder beschäftigungsfördernder Deregulierung und Einschränkung sozialstaatlicher Leistungen scheuen sie weder weite Wege noch größte Mühen. Nach den USA und Großbritannien gelten ihnen seit jüngstem Neuseeland und Chile als beschäftigungspolitisch erfolgreiche Musterländer sozialer Befreiungsschläge. Für diese Länder gilt: Die Wirtschaftsindikatoren verkünden eine scheinbar traumhafte Konstellation, doch ihre Gesellschaften sind kaputt. Nicht ohne Grund nehmen engagierte Gegner des Sozialstaates jene Diskussionen nicht zur Kenntnis, die in den USA wie auch in Großbritannien über die moralische Qualität des Aktionärs- oder Turbokapitalismus geführt werden. Trotz vieler neuer Jobs gibt es dort hinreichenden Grund zur Diskussion. In die USA wie in Großbritannien weist der Weg in eine neue Klassengesellschaft. Unüberhörbare Plädoyers für einen neuen Gesellschaftsvertrag oder eine Stakeholder-Society künden davon. Sie bringen das Bemühen um die Sicherung von Solidarität und sozialer Verantwortung zum Ausdruck. Die Notwendigkeit dieses Anliegens wird in einem aktuellen Hirtenbrief der katholischen Bischöfe der USA eindrucksvoll dargelegt. Sie verweisen darauf, daß in der amerikanischen Gesellschaft drei Nationen nebeneinander leben: Eine floriert und produziert auf dem Weg in eine neue Infor-

mationsgesellschaft; eine zweite umfaßt die von Globalisierung und Rationalisierung bedrohten Frauen und Männer in traditionsreichen Arbeiter- und Angestelltenberufen: in einer dritten leben die Armen und Vergessenen, die sozial ausgeschlossen sind. Ausgehend von neuen sozialen Gräben und Trennlinien in den Gesellschaften bezweifeln sie, ob das Bild einer Zweidrittel-Gesellschaft die soziale Wirklichkeit noch ausreichend beschreibt.

Zu entnehmen ist diesen Diskussionen ferner, daß in den USA Innovationen und neue Produkte nicht niedrigen Löhnen, sondern unternehmerischer Risikofreude entspringen. Fraglich ist jedoch, ob die amerikanische; Jobmaschine dauerhafte Innovationsfähigkeit gewährleistet. Bequemlichkeiten der Unternehmen im Umgang mit Arbeitskräften, die Kultur des Ex und Hopp auf dem Arbeitsmarkt und kurzfristige Gewinnorientierung; anstatt langfristiger Markt- und Produktionsstrategien führen zur Vernachlässigung der Berufsausbildung, sie begünstigen in Betrieben und Verwaltungen eine hochgradig ausdifferenzierte Arbeitsteilung. Sie begrenzen Engagement und Leistungsbereitschaft der Arbeitskräfte, sie schränken die betriebsinterne Flexibilität ein. Nichts deutet darauf hin, daß sich aus diesem Gefüge dauerhafte nationale Wettbewerbsvorteile und Produktivitätsvorsprünge herausbilden. Die Befunde der berühmten, inzwischen zu einem Strategiebestseller gewordenen Untersuchung des Harvard-Professors Michael Porter über „Nationale Wettbewerbsvorteile“ sprechen jedenfalls dagegen. Danach, und dies kann nicht überraschen, sind gut ausgebildete Arbeitskräfte, eine funktionierende Infrastruktur sowie Innovations-Netzwerke zwischen Unternehmen die entscheidende Grundlage für eine dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit.

Bündnis für Arbeit und sozial-ökologische Reformen - Säulen erfolgreicher Beschäftigungspolitik in den Niederlanden und in Dänemark

Neoliberale Gegner sozialstaatlicher Verantwortung tun sich schwer im Umgang mit dem bei der Verringerung der Arbeitslosigkeit erfolgreichen Modell unserer niederländischen Nachbarn. Gründe dafür hat die „Wirtschaftswoche“ kürzlich dargelegt. Konsens und Kompromiß, von marktradikalen Ökonomen und Verbandsvertretern nicht mehr gewollt, sind danach typisch für das niederländische Modell. Was Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften dort in den Feldern der Lohn- und Arbeitszeitpolitik, in der Finanz- und Sozialpolitik praktizieren, so die Wirtschaftswoche, „ist eine Art permanentes Bündnis für Arbeit“. Wer ein solches Bündnis jedoch aus ideologischen Gründen als Nothelfer und als Reparaturwerkstatt für angebliche Fehlentscheidungen eines um sein Überleben ringenden Tarifkartells etikettiert, wer sozialen Interessenausgleich als Innovationsblockade und Flexibilitätsbremse wertet, der muß die Augen vor der Einsicht in die Realität verschließen. Kaum anders ist es mit dem Jobwunder, über das aus Dänemark berichtet wird. Es steht im Gegensatz zu den Denkmodellen marktradikaler Ökonomen. Diesen zufolge dürfte es sinkende Arbeitslosigkeit bei hohen

Steuersätzen und Ökoabgaben, bei fehlenden Karenztagen und hoher Staatsquote, bei einem beachtlichen Mindestlohn von über 20 DM und anspruchsvollen Fortbildungsmaßnahmen, gar nicht geben. Doch ein Bündel sozial-ökologischer Reformmaßnahmen und eine beschäftigungsfördernde Tarifpolitik lassen das scheinbar unmögliche Wirklichkeit werden. Deshalb sind auch für Dänemark wie für die Niederlande die ökonomischen Indikatoren in Ordnung, doch die Gesellschaften weisen keine Zerfalls- und Zerrüttungserscheinungen auf.

Globalisierung macht nationale Politik nicht handlungsunfähig. Erfahrungen unserer niederländischen und dänischen Nachbarn bekräftigen dies. Sie dokumentieren, daß es beschäftigungswirksame Alternativen zu einem globalen Wettlauf um Steuersenkung, Deregulierung und Preisgabe sozialstaatlicher Verantwortung gibt. Nichts spricht für ein vielbeschworenes „Ende der Politik“, welches den Nationen und Regierungen nur noch die Wahl zwischen Anpassung oder Untergang beläßt. Zweifellos verändert die Globalisierung Handlungsbedingungen und -möglichkeiten der Politik, aber sie macht sie nicht ohnmächtig. Und schon gar nicht bedeutet Globalisierung, daß Standorte in den Industrieländern im Wettbewerb mit Niedriglohnstandorten die Institutionen sozialer Sicherung schleifen müssen und Zuflucht in sozialer Abrüstung suchen müssen. Perspektiven für Wirtschaft und Gesellschaft eröffnen sich nicht durch bedingungslose Schlankeitskuren und Wettläufe um Kostensenkung. Perspektiven für Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Beschäftigung eröffnen sich im Zuge des Übergangs zur flexiblen Produktion technologieintensiver Güter und anspruchsvoller Dienstleistungen, durch Entwicklung, Produktion und Anwendung neuer Technologien sowie durch neue Formen der Produktions- und Arbeitsorganisation. Nicht niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten, sondern Innovationsfähigkeit, qualifizierte und motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind Grundlagen zukunftsorientierter Standortvorteile. Auf diesen Sachverhalten basieren die beschäftigungspolitischen Vorschläge und Forderungen des neuen DGB-Aktionsprogramms. Unter dem Motto „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ gehen sie davon aus, daß die Arbeitslosigkeit über eine Durchsetzung sozialer und ökologischer Reformen halbiert werden kann.

Maßnahmen zur Einleitung einer Trendwende auf dem Arbeitsmarkt

Neue Arbeitsplätze entstehen vor allem durch Investitionen und Innovationen. Deshalb regen wir an, die Gestaltung investitions- und innovations-fördernder Rahmenbedingungen mit Fördermaßnahmen zugunsten der Lösung von Problemen und der Erschließung von zukünftigen Bedarfsfeldern zu verknüpfen. Ansatzpunkte dafür liegen im Umwelt- und im Verkehrsbereich, insbesondere in der Entwicklung einer energie- und stoffschonenden Kreislaufwirtschaft. Wir schlagen dazu eine technologie-politische Offensive vor. Voraussetzung dafür ist die Aufstockung der Bundesmittel zur Förderung von Forschung und Technologie auf 4°Prozent des Bundeshaus-

haltes. Weitere Impulse für Innovationen und Investitionen müssen durch die Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur, durch eine Stärkung der Binnennachfrage, durch eine neue Initiative für den Aufbau Ost sowie durch die Weiterentwicklung der Industrie- und Strukturpolitik gegeben werden. Zur Förderung von Innovationen und Beschäftigung müssen auch überfällige Weichenstellungen einer sozialökologischen Umgestaltung des Steuersystems beitragen. Eine Steuerreform muß aus der Sicht des DGB dem Gebot der Verteilungsgerechtigkeit entsprechen und die Beschäftigung fördern. Die Aufgabenerfüllung des Sozialstaates muß dabei gesichert werden. Zu diesem Zweck müssen finanziell starke Schultern auf das Sozialstaatsgebot verpflichtet werden: Private Vermögen, Einkünfte von Spitzenverdienern und nicht investiertes Kapital müssen künftig wirksam besteuert werden.

Auf der Grundlage der Arbeitszeitwünsche der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer setzen wir uns dafür ein, die individuelle Arbeitszeit im Rahmen vielfältiger Formen zu verkürzen und mit mehr Zeitsouveränität und Flexibilität zu verbinden. Unerlässlich sind ein Abbau von Überstunden und der Ausgleich unvermeidbarer Mehrarbeit durch Freizeit, die Anhebung Sozialversicherungspflichtiger Teilzeit sowie die Entwicklung und Umsetzung neuer Formen der Altersteilzeit. Auf dem Weg zur Halbierung der Arbeitslosigkeit muß es ferner darum gehen, Vollzeitarbeit mit Teilzeit-, Erziehungs- und Bildungszeiten zu verknüpfen und den Wechsel zwischen den jeweiligen Phasen für Frauen wie für Männer zu verbessern. Verkürzung und gerechte Verteilung der Arbeit ersparen den Unternehmen wie der Gesellschaft Kosten. Sie vermeiden Entlassungen und Sozialpläne, sie sichern Qualifikationen und Innovationspotentiale. Sie verbessern die Möglichkeiten, berufliche Anforderungen und individuelle Lebensplanung besser in Übereinstimmung zu bringen, sie erweitern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Auf dem Weg zur Halbierung der Arbeitslosigkeit und zur Überwindung der Beschäftigungskrise sind Verkürzung und gerechte Verteilung der Arbeit unverzichtbare Instrumente der Beschäftigungspolitik.

Die Halbierung der Arbeitslosigkeit und der Strukturwandel zugunsten der Informationsgesellschaft erfordern, daß private wie öffentliche Arbeitgeber alle Möglichkeiten zur Beseitigung des entstandenen Defizits an betrieblichen Ausbildungsplätzen ausschöpfen. Deshalb setzen sich der DGB und seine Gewerkschaften für einen überbetrieblichen Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben, für die Weiterentwicklung von Berufsbildern und die Schaffung neuer Ausbildungsberufe sowie für eine Verknüpfung von Beschäftigung und Aus- sowie Weiterbildung ein. Jugendlichen ohne Berufsausbildung soll es auf diese Weise ermöglicht werden, vollwertige und zukunftsfähige Qualifikationen zu erwerben.

Handlungs- und Reformbedarf auf dem Weg zur Halbierung der Arbeitslosigkeit besteht auch im Feld der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Es gilt, ihre Instrumente zur Vermeidung drohender Arbeitslosigkeit sowie zur sozialen Gestaltung des betrieblichen Strukturwandels weiterzuentwickeln. Zu den

Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik muß es weiterhin gehören, zu einem hohen Beschäftigungsstand beizutragen. Dazu muß sie Übergänge und Brücken zwischen Phasen abhängiger Erwerbsarbeit und erwerbsarbeitsfreien Lebensabschnitten, zwischen Aus- Fort- und Weiterbildung und Beschäftigung, zwischen abhängiger Beschäftigung und neuer Selbständigkeit sowie Wechsel zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung fördern. Im Rahmen öffentlich geförderter Beschäftigung, bei Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen müssen vor allem für Langzeitarbeitslose, für arbeitslose Jugendliche und für Frauen neue und stabile Perspektiven eröffnet werden.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Erfolge sind keine Utopie

Das beschäftigungspolitische Ziel der Halbierung der Arbeitslosigkeit ist ambitioniert. Perspektiven seiner Einlösung werden bereits von vielen Akteuren in Politik und Wirtschaft skeptisch beurteilt. Auf dem Weg zu seiner Einlösung ging kostbare Zeit verloren. Der Bruch des Bündnisses für Arbeit durch Bundesregierung und Arbeitgeber, die Verschärfung sozialpolitischer Raubzüge und die Umverteilung von Arbeits- zu Kapitaleinkommen haben die Beschäftigungskrise vertieft. Der Handlungsdruck ist spürbar gewachsen, die Beschäftigungs- und Wachstumsversprechen neoliberaler Politik blieben ^o-keineswegs unerwartet - uneingelöst. Doch dies ist kein Beleg dafür, daß Arbeitsmarkt und Beschäftigung durch die Politik weit weniger beeinflusst werden können als es die Halbierung der Arbeitslosigkeit voraussetzt. Gegen beschäftigungspolitische Skepsis, gegen fortdauernde beschäftigungspolitische Untätigkeit sprechen die Arbeitsmarkterfolge in den Niederlanden und in Dänemark. Sie zeigen: Nicht mit Maßnahmen der herrschenden Politik des neoliberalen Marktfundamentalismus, sondern auf der Grundlage eines Bündels vielfältiger Instrumente sind Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit möglich. Zugleich liefern sie eine überzeugende Bestätigung für die Wirksamkeit alternativer beschäftigungspolitischer Strategien jenseits des amerikanischen Modells und der Aufkündigung sozialstaatlicher Verantwortung.

Beschäftigungspolitisch hoffnungsvolle Botschaften vorliegender Simulationsrechnungen werden durch die dänischen Erfahrungen eindrucksvoll bekräftigt - bei politischem Willen der Akteure der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie einer beschäftigungsorientierten Tarif- und Arbeitszeitpolitik sind beachtliche Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu erzielen. Mit Nachdruck eilt dies für die Beschäftigungswirkung weiterer Schritte zur Verkürzung und Neugestaltung der Arbeitszeit. Für die Arbeitszeitpolitik gilt: Weniger ist mehr! So können allein durch den Abbau der Überstunden um 40 Prozent bis zum Jahre 2000 bereits 370.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Und ein Anstieg der Teilzeitquote von derzeit knapp 19 auf gut 24^oProzent, d. h. eine Ausweitung der Teilzeitarbeit um etwa ein Viertel, hätte zur Folge, daß nahezu weitere 500.000 Arbeitsplätze besetzt

werden könnten. Groß ist auch das beschäftigungspolitische Potential einer weiteren Verkürzung der Jahresarbeitszeit. Eine Umsetzung der 35-Stunden-Woche in allen Wirtschaftszweigen bis zum Jahre 2000 könnte einen Beschäftigungseffekt von etwa 570.000 Arbeitsplätzen bewirken. Im Gegensatz dazu zeigen die Simulationen ferner, daß eine bloße Kürzung der Staatsausgaben mehr kostet als sie einspart: Sie bewirkt negative Folgen für die Beschäftigung, zur Entlastung der öffentlichen Haushalte trägt sie nicht bei: statt dessen dämpft sie die wirtschaftliche Entwicklung und erschwert eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt. Soll aus der Beschäftigungsmisere keine Krise der Gesellschaft werden, dann ist eine solche Trendwende unabdingbar. Gegenüber den Opfern der Beschäftigungskrise, gegenüber den Arbeitslosen und sozial Schwachen sind Politik und Wirtschaft. Parteien und Verbände, Arbeitgeber und Gewerkschaften in der Pflicht. Zukunftsperspektiven für Arbeit und soziale Gerechtigkeit aufzuzeigen und mit Nachdruck wirksame Wege aus der Arbeitslosigkeit zu beschreiten.